

# Sächsische Elbzeitung

Tageblatt für die

enthält die amtlichen Bekanntmachungen für den Stadtrat, das Amtsgericht, das Hauptzollamt Bad Schandau und das Finanzamt Sebnitz. — Bankkonten: Stadtbank — Stadtkassette Nr. 12 — Ostsächsische Genossenschaftsbank Zweigniederlassung Bad Schandau — Postkassette: Dresden 33 327

Fernsprecher: Bad Schandau Nr. 22 — Drahtanschrift: Elbzeitung Bad Schandau

Erscheint täglich nachm. 5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis (in RM.) halbmöndlich ins Haus gebracht 90 Pfg., für Selbstabholer 80 Pfg. Einzelnummer 10 bzw. 15 Pfg. — Bei Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Nachforderung vor



Sächsische Schweiz

Tageszeitung für die Landgemeinden Altdorf, Kleingiechhübel, Kleinhennersdorf, Krippen, Lichtenhain, Mitteldorf, Ostau, Porsdorf, Postelwitz, Proffen, Rathmannsdorf, Reinhardtsdorf, Schmiltz, Schöna, Waltersdorf, Wendischfähre. sowie für das Gesamtgebiet der Sächsischen Schweiz

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Hiele, Inh. Walter Hiele  
Verantwortlich: R. Kothlappert

Anzeigenpreis (in RM.): Die 7gespaltene 35 mm breite Beizeile 20 Pfg., für auswärtige Auftraggeber 25 Pfg., 85 mm breite Reklamezeile 80 Pfg. Tabellarischer Satz nach besonderem Tarif. — Bei Wiederholungen wird entsprechender Rabatt gewährt. Anzeigenannahme für alle in- und ausländischen Zeitungen

Ständige Wochenbeilagen: „Unterhaltung und Wissen“, „Unterhaltungsbeilage“, „Das Leben im Bild“

Richterscheinen einzelner Nummern infolge höherer Gewalt, Streik, Ausperrung, Betriebsstörung usw. berechtigt nicht zur Kürzung des Bezugspreises oder zum Anspruch auf Lieferung der Zeitung

Nr. 125

Bad Schandau, Dienstag, den 31. Mai 1927

71. Jahrgang

## Graf Westarp über die außenpolitische Lage

Bremen, 30. Mai. Nach einer Vertrauensmännerversammlung der Deutschnationalen Landesverbände des Wahlkreises Weser-Ems sprach Graf Westarp heute abend in einer öffentlichen Versammlung in Bremerhaven-Wesermünde. In seinen Darlegungen über die außenpolitische Lage wies der Redner auf den englisch-russischen Konflikt hin und erklärte, daß mit der Möglichkeit eines langen und zähen Kampfes gerechnet werden müsse, der, wenn auch unmittelbare Kriegsgefahr nicht bestehen dürfte, weitreichende Folgen haben werde. Zurzeit habe es nicht den Anschein, als wenn England sich bereits der Hilfe anderer Mächte versichert hätte.

Unsjöweniger lasse sich zurzeit mit Sicherheit voraussehen, welche Folgen aus dem neuesten englischen Vorstoß sich für Deutschland ergeben würden, das, wie stets in der Geschichte, der besonderen Gefahr ausgesetzt sei, leidender Schauplatz aller europäischen Kämpfe zu werden. Man werde ruhig und klar zu prüfen haben, was unsere eigene Sicherheit ans gebiete.

Die bolschewistische Revolutionsgefahr selbst habe für Deutschland ein anderes Gesicht als für England. Sie müsse in Deutschland in geradem Verhältnis zu dem Maße der Demütigungen und der wirtschaftlichen Lasten anwachsen, die unser Volk nach dem Versailler Diktat bedrückten. Gerade das rechtswidrige und feindselige Verhalten Polens gegen das Deutschland verschärfte für Deutschland die bolschewistische Gefahr wesentlich. Auch darüber sollte man in der Welt endlich klar sehen, daß nicht Frankreich, sondern unsere Sicherheit bedroht sei, da wir allein inmitten einer mehr denn je von Waffen starrenden Welt in einem Maße entwaffnet seien, daß wir unsere Grenzen nicht mehr genügend schützen könnten.

So ergebe sich in der jetzigen Lage äußerste Zurückhaltung und strikteste Neutralität als das Gebot der Stunde. Die Tätigkeit eines Mittlers würde für ein jeder Macht beraubtes Volk nicht nur ausichtslos sein, sondern würde für dieses Volk selbst zur schweren Gefahr werden. Das

Recht auf Neutralität sei Deutschland gesichert und auf der Grundlage dieses Rechtes habe es Rußland auch für den Fall, daß andere Mächte sich zum Boykott vereinigen, seine Neutralität gesichert. Da England selbst den regelmäßigen Handelsverkehr mit Rußland nicht ausschließe, habe Deutschland umsoweniger Veranlassung, im Hinblick auf den jetzigen Konflikt dem Verkehr mit Rußland Schranken aufzuerlegen. Ueberschwengliche Hoffnungen, daß der Konflikt unserer Wirtschaft besondere Vorteile bringen werde, seien nicht am Plage.

Graf Westarp wies weiter auf die englischen Erklärungen hin, daß sich die allgemeine Außenpolitik Englands nach wie vor auf der Erhaltung und dem Ausbau der im Locarnovertrag niedergelegten Grundsätze aufbaue und sagte, man werde sich in der Welt nicht darüber wundern können, daß die Verurteilung auf den Geist von Locarno in Deutschland nicht nur bei den Deutschnationalen, sondern bei allen Parteien gerade kein freudiges Echo finde, nachdem immer noch an unberechtigten Militärkontrollbefugnissen festgehalten werde und nachdem für die besetzten Gebiete bisher nichts von dem Locarno sozusagen erfüllt worden sei. Unzählige Beispiele ließen sich dafür anführen, daß aus den anderen Parteilagern die gewaltige Enttäuschung über das Ausbleiben aller Erfolge der deutschen Vorleistungen und über das Vorbehaltlich klar berechtigter deutscher Ansprüche mit gleicher, wenn nicht größerer Schärfe, als durch die Deutschnationalen zum Ausdruck komme.

Graf Westarp wies auf die Erklärung der deutschen Gruppe auf der Tagung der Völkerbundstigen hin, wonach es eine freudige und auf Gleichberechtigung aller Staaten aufgebaute Arbeit des Völkerbundes nicht geben könne, solange Teile Deutschlands von fremden Truppen besetzt seien. Zum Schluß bezeichnete der Redner die allgemeine Abrijtung als eine Lebensfrage, die Deutschland im Völkerbund ebenso sehr aber auch in enger Fühlung mit Amerika betreiben müsse.

## Schlesiens Not.

Eine Rundgebung der deutschen Presse.

In Breslau, wo der Reichsverband der Deutschen Presse sich zu seiner diesjährigen Haupttagung zusammengefunden hatte, fand im Zusammenhang mit dieser Tagung eine große Schlesiens-Rundgebung statt. Vizepräsident Wehmann wies bei dieser Gelegenheit darauf hin, daß Schlesien als Grenzbezirk wie kaum ein Teil Deutschlands unter den Folgen des unglücklichen Krieges leide. Nur zu unbekannt seien weiten Kreisen des deutschen Vaterlandes die Bedeutung und die Not Niederschlesiens. Am schwersten sei Niederschlesien durch den Verlust seines Hinterlandes betroffen. Die den Polen abgetretenen Landesteile waren einst die aufnahmefähigsten Absatzgebiete. Die deutsche Presse könne in erster Linie dazu beitragen, daß die niederschlesische Bevölkerung von einem Gefühl des Verlassens frei und befreit werde.

Dr. Berger-Doppel begrüßte den Reichsverband für den Oberpräsidenten der Provinz Oberschlesien. Auch er schilderte in ergreifenden Worten die tiefen Wunden, die Oberschlesien durch den unbegreiflichen Machtanspruch der Vorkriegskonferenz erlitten hat.

## Bestellter und bezahlter Terror in Oberschlesien.

Kattowitz, 30. Mai. Die vom schlesischen Sejm gewählte Spezialkommission zur Untersuchung der Terrorakte und Gewalttaten der Aufständischen tritt am 1. Juni zu ihrer ersten Sitzung zusammen. Gleichzeitig sind von den Aufständischen in verschiedenen Ortschaften Protestversammlungen angekündigt worden, in denen die Auflösung des schlesischen Sejm und erneute Fuldigungsstundgebungen für den Wojewoden gefordert werden sollen. Die Korfantsy-Presse bezeichnet diese Protestversammlungen als bestellte Arbeit, die aber auf die Bevölkerung ohne Eindruck bleiben werde. Der Kommission soll auch das Material der Beschwerde des Deutschen Volksbundes übergeben werden, die vor einigen Tagen dem Wojewoden, dem Präsidenten Calonder und dem Minderheitsamt überreicht wurde.

Wie nunmehr einwandfrei feststeht, sind die Banditen, die am Wahltag in Rybnik den Wahlterror ausübten, bestellt und auch bezahlt worden. Listenverzeichnisse der einzelnen Banden und Quittungen über gezahlte Prügelschläge befinden sich in den Händen der deutschen Bürgerpartei. Auch über die Organisation des Terrors hat man Beweismaterial, so daß die Tatsache, daß Terrorakte von oben herab angeordnet wurden, nur bekräftigt wird. Der von den Banden überfallene Redakteur Herger hat als Folge der starken Schläge auf den Kopf das Gehör verloren (!).

In Radzionkau ist es zu erneuten Ausschreitungen gekommen. Zwei deutsche Lehrer, die sich auf dem Wege nach dem Bahnhof befanden, wurden plötzlich von einer zehnköpfigen Bande überfallen und mit den Fäusten und Fußtritten bearbeitet. Erst als andere Passanten vorbeikamen, ließen die Banditen von ihren Opfern ab und flüchteten. Einer der Täter trug Uniform.

## Ein polnischer Heffilm über Oberschlesien.

Kattowitz, 31. Mai. Als Gegenstück zu dem Film „Land unterm Kreuz“ ant der Verband der Aufständischen einen Propagandafilm anfertigen lassen, dessen Erstausführung am Montagmittag in Gegenwart von Vertretern der Behörden in den hiesigen Kammerlichtspielen stattfand. In dem Film wird zunächst versucht, den historischen Anspruch Polens auf Schlesien geltend zu machen, worauf Bilder aus dem Aufstand mit geschichtlichen Daten folgen. Eine Fahrt durch das Industriegebiet zeigt u. a. auch die Stichtoffwerke in Chorzow, die „als die wichtigste Fabrik für den künftigen Krieg giftige Gase liefern soll“; dabei wird nicht veräuert, die deutschen Rechtsansprüche auf dieses Werk abzuleugnen. Auch Bilder über die Pulverfabriken der Ligojse-Aktiengesellschaft sind mit entsprechenden Hinweisen als künftige Kriegs- und Waffenfabriken versehen. Den Abschluß des Films geben die Bilder von der letzten Demonstration anlässlich des Abstimmungstages auf dem Ring in Kattowitz mit Auszügen aus der Rede des Finanzministers und des polnischen Rajschewors des Wojewoden, sowie die letzten Feierlichkeiten des Aufständischen-Verbandes an denen der Wojewode teilnahm.

## Polnische Auswanderer mit deutschen Pässen!

Berlin, 30. Mai. Die Berliner Kriminalpolizei verhaftete, wie die Morgenblätter melden, den Wjsef Zechanowitsch, der sich auch Kaplanus nannte, und seit längerer Zeit polnische Pässe gefälscht und Polen in Deutsche verwandelt hat. Da die Einwanderungsquote für Deutsche in den Vereinigten Staaten etwa zehnfach höher als die für Polen ist, waren auswanderungslustige Polen dem Fälscher sehr dankbar, wenn sie mit deutschen Pässen und Ausweispapieren ungehindert die scharfe Kontrolle passieren konnten. Mochte die Einwanderung dennoch Schwierigkeiten, so wurden die Leute auf Kosten des Deutschen Reiches zurücktransportiert und siedelten sich in Deutschland an (!). Man scheint in dem Verhafteten das Haupt einer weitverzweigten Pässfälscherbande erwischt zu haben.

## Anti-italienischer Zwischenfall in Dalmatien.

In Sebenico (Dalmatien) kam es zu einem neuen Zwischenfall, der diplomatische Schritte zur Folge haben wird. Italienische Matrosen wurden unter Schmähungen gegen Mussolini im Dunkel der Nacht angegriffen und niedergeschlagen.

## Für eilige Leser.

\* Die deutsche Regierung hat der polnischen Regierung einige Gegenstände von künstlerischem und historischem Wert überlassen, die sich bisher in deutschem Besitz befanden und für die polnische Regierung von Interesse sind.

\* In der vergangenen Nacht wurden die Fenstercheiben des britischen Konsulats in Paris eingeworfen. Nach den Uebelsätern, die wohl Kommunisten sein dürften, wird polizeilich gefahndet.

\* Havas meldet aus Teheran, daß das persische Kabinett zurücktreten ist.

\* Wie aus Schanghai gemeldet wird, machen die jüdischen Streitkräfte in ihrer Offensive in der Richtung auf Peking und Tientsin große Fortschritte. Die Streitigkeiten zwischen Nanjing und Hankau seien völlig zurückgestellt und zwischen den beiden Flügeln sei eine volle Uebereinstimmung über einen gemeinsamen militärischen Plan erzielt worden.

## Papierkrieg.

Zwischen England und Rußland ist eine gewisse „Politik der Hemdärmeligkeit“ eingetreten, man läßt in dem gegenseitigen Noten-„verkehr“ jeglichen Rest von diplomatischer Höflichkeit fallen und rehet mit herzerzitternder Deutlichkeit zueinander. Beim Notenwechsel im Februar, als das Gewitter heraufzog, hatte man — um das Bild zu Tode zu setzen — sozusagen die Nöde schon halb ausgezogen; daher konnte man erwarten, daß die Antwort, die von der Sowjetregierung auf die englische Note vom Freitag erteilt werden mußte, an Schärfe des Tones nichts zu wünschen übriglassen würde.

Trotz der Schärfe des Tones muß man doch sagen, daß die russische Antwortnote allerhand „Feinheiten“ enthält, raffiniert abgefaßt ist und in die schwachen Punkte des englischen Vorgehens gegen die Sowjetregierung hineinetrifft. Besonders bemerkenswert ist nämlich dabei, daß die Note immer von der jetzigen „konservativen Regierung“ in England spricht, aus dem politischen sozusagen einen parteipolitischen Gegensatz macht und daher leicht den Ab sprung dafür findet, daß das Vorgehen dieser Regierung einmal schon längst vorbereitet war und es daher auch der Beschuldigungen, die jetzt gegen Moskau erhoben werden, als ob das Handelsabkommen mit England russischerseits gebrochen sei, gar nicht mehr bedürfte. Dazu seien diese Beschuldigungen überdies unerwiesen und unbegründet, ihre Quellen seien „anrüchig“, seien gewissenlose Informationen antibolschewistischer Emigranten, seien gefälschte Dokumente. Nichts habe die polizeiliche Untersuchung bewiesen und „mit Verachtung“ übergehe man die Unterstellung, die Handelsdelegation habe Spionage betrieben. Schwerste Rechtsverletzung also sei das Vorgehen gegen die Exterritorialität und die einfache Aukerkräftigung des Handelsabkommens.

Überhaupt ziele die ganze Aktion bloß darauf ab, das „Niasko der konservativen Regierung in China“ zu bemänteln durch eine Diverston gegen die Sowjetunion, gleichzeitig damit auch die Ergebnislosigkeit der polizeilichen Untersuchung zu verschleiern — kurz, an Maximalität des Tones ist diese Note in der Geschichte der internationalen Beziehungen wirklich recht bemerkenswert! Früher hätte sie nichts anderes als eine glatte Kriegserklärung bedeutet, aber wenn jetzt in Rußland Gerüchte von einer englischen Flottendemonstration in der Ostsee laut werden, so denkt England sicher nicht einmal an diese recht harmlose Art „militärischen“ Vorgehens, das ja auch recht überflüssig, weil zwecklos wäre. Darüber hinausgehende Zeitungsmeldungen von einer wirklichen militärischen Intervention sind natürlich noch absurder.

Papierkrieg — nichts mehr! Die französische Presse — sogar die der Linken — weist etwas höhnisch auf die militärische Ohnmacht der Sowjetunion hin, die in einem doch recht eigentümlichen Gegensatz zu der Schroffheit dieser Note steht. Auch der deutsche General Hoffmann, der über die Verhältnisse in der „Roten Armee“ aus eigener Anschauung recht gut unterrichtet ist, fällt über die militärischen Kräfte Rußlands das Urteil, daß die Armee tatsächlich kampfunfähig sei, weil die ganze Ausbildung viel weniger nach militärischen als nach politischen Gesichtspunkten erfolge. Eine Mobilmachung sei aus einer ganzen Reihe von Gründen eine völlige Unmöglichkeit, von dem Mangel an militärisch wertvollen Führern noch ganz abgesehen. Trotzdem ist natürlich mit einem englischen Angriff gar nicht zu rechnen — und infolgedessen kann sich die Sowjetregierung auch eine derartige Note ruhig leisten, ohne irgendwelche Konsequenzen befürchten zu müssen.

Die Hoffnung freilich, die in der Note ausgedrückt wird, daß nämlich eine Wiederkehr der englischen Arbeiterregierung die ganze Lage wieder einrichten könnte, ist eine abfichtlich betonte: nur dürfte innenpolitisch in England die „bolschewistische Gefahr“ als Schlagwort vorläufig wohl wirkungslos bleiben.